

## **AGB für Beratungsleistungen**

Die hamburg data gbr (folgend Auftragnehmer) bietet im Zusammenhang mit der Erstellung von IT-Lösungen Beratungsleistungen an, die auf Grundlage der folgenden Regelungen erfolgen:

1. Die Angebotsfrist beträgt 14 Tage. Die Beratungsleistungen erfolgen auf der Grundlage der seitens des Kunden (folgend Auftraggeber) zur Verfügung gestellten schriftlichen Angaben. Anhand dieser Angaben werden u. a. Kosten-Nutzen-Einschätzungen für das Betreiben, die Erstellung und/oder Modifikation der bereits installierten oder zu installierenden IT-Lösung, auch für die erforderliche Zusammensetzung der Hard- und Software, vorgenommen. Hierin liegen jedoch keine rechtliche, steuerrechtliche oder betriebswirtschaftliche Beratung. Der Auftraggeber trägt dafür Sorge, dass der Auftragnehmer alle relevanten Angaben erhält, die für ihn zur Beratungsleistung notwendig sind oder von ihm als notwendig erachtet werden. Der Auftragnehmer ist in seiner Arbeitszeiteinteilung frei und nicht an bestimmte Arbeitszeiten gebunden. Er ist jedoch verpflichtet, Termine bei dem Auftraggeber vor Ort sowie die Inanspruchnahme von dessen Personal- und Materialressourcen mit demselben abzustimmen. Zwischen den Parteien besteht Einigkeit, dass vom Auftragnehmer ausschließlich die Mitwirkung bei der Projektierung, nicht jedoch die Erstellung eines Software- und oder Hardwareproduktes geschuldet wird. Der Auftragnehmer übernimmt diesbezüglich keinerlei Gewährleistung.

2. Der Auftragnehmer behandelt alle Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers und anderer Firmen, die der Auftragnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt geworden sind, vertraulich. Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung an der Erbringung der Beratungsleistung verpflichtet, soweit dies zur vertragsgemäßen Durchführung der Leistung notwendig ist. Er benennt dem Auftragnehmer einen entscheidungsbefugten Ansprechpartner und Stellvertreter für das Projekt. Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sind.

3. Für die Vergütung der Beratungsleistungen gilt Folgendes:

Alle Preisangaben verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer. Bei Zahlungsverzug gilt § 288 BGB (Verzugszinsen). Basis bei der Berechnung sind immer die jeweils aktuellen Listenpreise. Die Vergütung erfolgt nach Rechnungsstellung. Die Rechnungsstellung erfolgt nach Durchführung der Leistung. Der Auftraggeber ist zur Aufrechnung gegenüber dem Auftragnehmer nur berechtigt, falls seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten durch den Auftraggeber aus vertragsfremden Ansprüchen ist ausgeschlossen.

4. Der Auftragnehmer haftet grundsätzlich nach den gesetzlichen Vorschriften. Im Übrigen für leichte Fahrlässigkeit nur dann und in Höhe von EUR 5.000,00, sofern eine Pflicht verletzt wird, deren Einhaltung für die Erreichung des Vertragszweckes von besonderer Bedeutung ist und dabei nur für vorhersehbare Schäden, mit deren Entstehung typischerweise zu rechnen ist. Darüber hinaus ist die Haftung für leichte Fahrlässigkeit ausgeschlossen.

5. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nicht Vertragsgegenstand. Auch dann nicht, wenn der Auftragnehmer diesen nicht ausdrücklich widerspricht. Ferner erfolgt keine Einbeziehung der Geschäftsbedingungen des Auftraggebers oder Dritter durch schlüssiges Handeln oder durch die Annahme von Lieferungen oder Leistungen des Auftraggebers oder Dritter, die in Zusammenhang mit dem konkreten Auftrag stehen.

6. Änderungen und Ergänzungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses.

7. Das konkrete Vertragsverhältnis unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss von UN- Kaufrecht. Als Gerichtsstand für alle auf Grundlage dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen zustande kommenden Vertragsverhältnisse ist der Sitz des Auftragnehmers.